Budget 2027
Finanzplan 2027–2030

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 28. Oktober 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

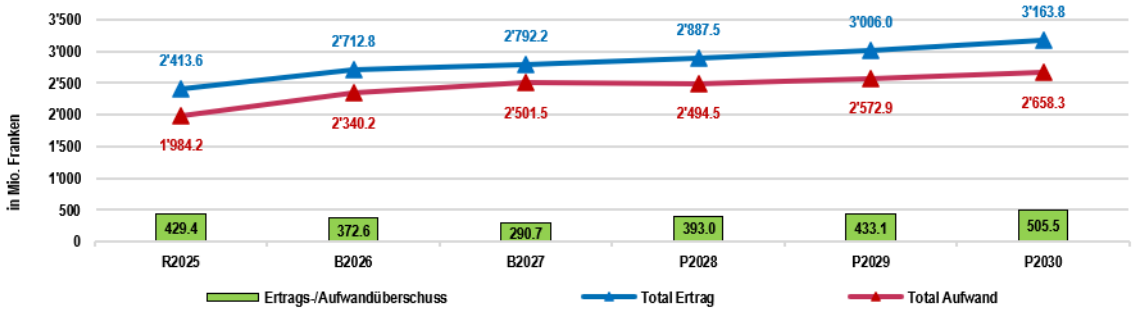
Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat das Budget und den Finanzplan am 28. Oktober 2026 beraten. Neben Finanzdirektor Heinz Tännler nahmen Roger Wermuth, Leiter Finanzverwaltung, und Reto Ruprecht, Leiter Finanzkontrolle, an der Sitzung teil. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

Seite

1. Übersicht 1
2. Eintreten 3
3. Themen, welche die Gesamtverwaltung betreffen 4
4. Ergänzung der Anträge mit Kenntnisnahme der Strategie und Legislatur 5
5. Detailberatung: Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Ämtern 6
6. Öffentlich-rechtliche Anstalten 14
7. Finanzstatus 15
8. Jahresberichte 2025 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen ... 16
9. Schlussabstimmung 16
10. Anträge 16

1. Übersicht

1.1 Ergebnisse der Erfolgsrechnung (in Millionen Franken)



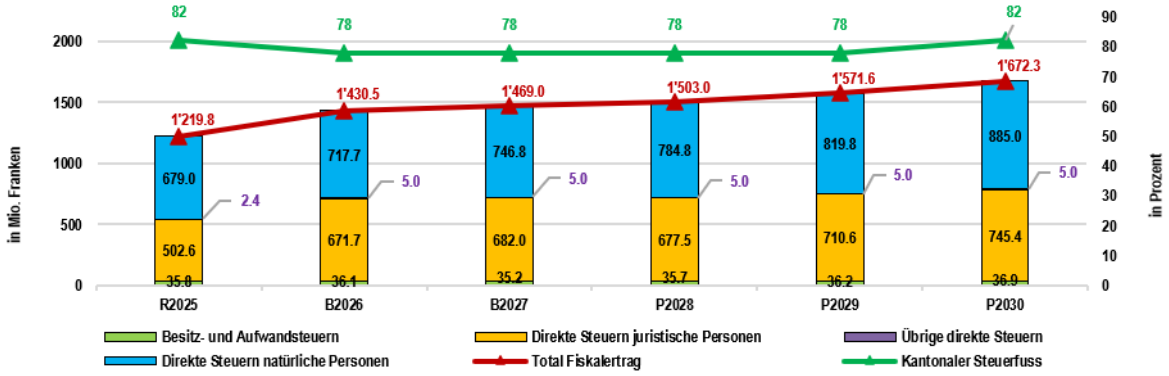
Für das Jahr 2027 wird ein Ertragsüberschuss von 290,7 Millionen Franken budgetiert. Die Ertragsüberschüsse in den Planjahren entwickeln sich gemäss Tabelle bis auf 505,5 Millionen Franken im Jahr 2030.

Die Stawiko nimmt von dieser positiven Entwicklung erfreut Kenntnis und stellt fest, dass der Kanton Zug über eine sehr solide Finanzlage verfügt. Sie dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung für die Arbeit, welche zu dieser Entwicklung beiträgt.

In den Ausführungen zu diesem Abschnitt und der obigen Grafik ist der Zusatzbericht und -antrag betreffend Teuerungszulage vom 20. Oktober 2026 (Vorlage 4181.2 - 18802) nicht enthalten. Er wird in der Ziffer 3.1 behandelt. Die Belastung durch diesen Zusatzbericht und -antrag beträgt gesamthaft 4,008 Millionen Franken, was den budgetierten Ertragsüberschuss auf 286,7 Millionen Franken reduziert.

Im Vergleich zum Vorjahresbudget ist beim Ertrag eine Steigerung von 79,4 Millionen Franken festzustellen. Der Regierungsrat begründet dies insbesondere mit Mehrerträgen beim Fiskalertrag (+ 38,5 Millionen Franken) und beim Transferertrag (+ 28,1 Millionen Franken).

Der Fiskalertrag wird mit 1’469,0 Millionen Franken budgetiert:

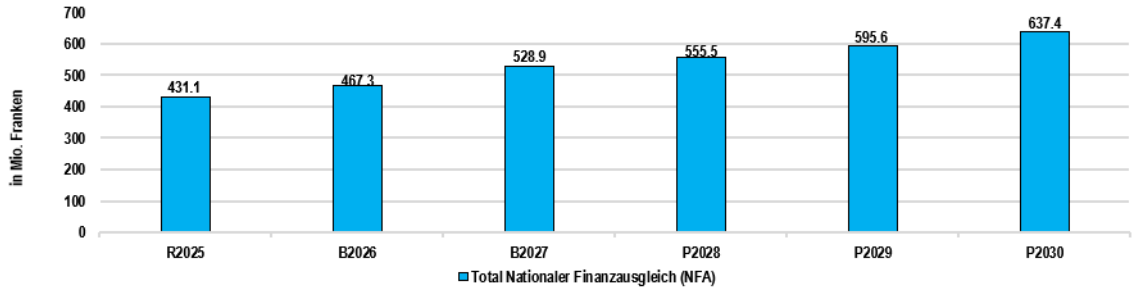


Insgesamt werden Mehrerträge bei den natürlichen Personen von 29,1 Millionen Franken erwartet. Dabei sind das Bevölkerungswachstum, steuerstarke Zuzüge und Einmaleffekte eingerechnet. Aus der 9. Teilrevision des Steuergesetzes («Mehrwert für alle») wirkt sich die Steuerfussreduktion auf 78 Prozent, die Erhöhung des Versicherungsabzuges und der Ausbau der Rentnerinnen- und Rentnerabzüge ertragsmindernd aus.

Gesamthaft werden Mehrerträge bei den juristischen Personen von 10,3 Millionen Franken erwartet. Es zeichnet sich ab, dass der für 2026 budgetierte Ertragsanstieg aus den Übergangsbestimmungen zum Statuswechsel aus der Steuer- und AHV-Reform (STAF) geringer ausfällt und die Erträge damit unter dem Budgetwert liegen werden. Darauf aufbauend wird von einem generellen Anstieg der Erträge von 5 Prozent infolge allgemeinen Gewinnwachstums, weiter steigenden Unternehmenszahlen und positiven Einmaleffekten ausgegangen. Die 9. Teilrevision des Steuergesetzes führt zu steuerlichen Mindereinnahmen.

Der Aufwand steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 161,3 Millionen Franken an. Die Zunahme ist insbesondere auf den Transferaufwand (+ 119,5 Millionen Franken), auf den Personalaufwand (+ 15,3 Millionen Franken) und auf den höheren Sach- und übrigen Betriebsaufwand (+ 12,5 Millionen Franken) zurückzuführen.

Mit 528,9 Millionen Franken bildet der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) eine gewichtige Aufwandposition im Budget 2027:



Eine Einschätzung über die Auswirkungen der Ergebnisse auf den NFA in den folgenden Jahren ist sehr schwierig, weil die Berechnungen nicht einzig vom absoluten Ergebnis des Kantons Zug abhängen, sondern auch von der relativen Entwicklung im Vergleich mit den anderen Kantonen. Die Finanzdirektion stützt sich für die Finanzplanjahre auf die jeweiligen Schätzungen von BAK Basel ab. Für die Finanzplanjahre wird ein Anstieg bis auf 637,4 Millionen Franken im Jahr 2030 erwartet.

1.2 Investitionen und Finanzierungsprognose

Auf den Seiten 23 bis 26 seines Berichts weist der Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzierungsprognose auf die bis ins Jahr 2034 anstehenden Investitionsprojekte hin, wobei lediglich diejenigen Projekte namentlich erwähnt sind, die Ausgaben von über fünf Millionen Franken zur Folge haben. Total sind Investitionen von rund 1,9 Milliarden Franken geplant, welche aus heutiger Sicht ohne Aufnahme von Fremdmitteln finanziert werden können.

2. Eintreten

Da der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung (BGS 111.1) das Budget zu beschliessen hat, ist in der Stawiko das Eintreten auf die Vorlage unbestritten.

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Bezüglich der Gerichte, der Ombudsstelle und der Datenschutzstelle übt sie die Oberaufsicht in den finanziellen Belangen aus. Die Stawiko hat sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität zu verschaffen. Die Einflussmöglichkeiten des Kantonsrats und die dadurch ausgelösten Abläufe sind in einer Matrix dargestellt, die diesem Bericht beiliegt (siehe Beilage 4).

Für die Vorbereitung der Beratung von Budget und Finanzplan standen den Stawiko-Delegationen detaillierte Budgetzahlen zur Verfügung. Im Vorfeld der Visitationen haben die Delegationen den Direktionen, der Staatskanzlei und den Gerichten Fragen gestellt, die schriftlich beantwortet worden sind. Die schriftlichen Auskünfte wurden anlässlich der Visitationen mit den Direktionsvorstehenden und zum Teil auch mit den Amtsleitenden besprochen. Wir bedanken uns für die erhaltenen Auskünfte und Informationen. Alle Stawiko-Delegationen haben für ihre Bereiche Berichte verfasst, die bei der Beratung vorlagen.

3. Themen, welche die Gesamtverwaltung betreffen

Die Stawiko hat ein Thema diskutiert, welches die gesamte Verwaltung betrifft. Weitere Punkte sind bei den einzelnen Direktionen oder in der Stawiko-internen Pendenzenliste erwähnt.

Teuerungszulage für das Jahr 2027
Die Berechnungen zum Teuerungsausgleich stützen sich auf den Landesindex der Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100 Punkte), welcher per Ende September 2026 einen Wert von 106,5 Punkten ausweist. Die aktuellen Löhne basieren auf dem Indexstand von September 2025 beziehungsweise 105,5 Punkten, weshalb bei vollem Ausgleich eine Teuerungszulage von 0,95% gegenüber den Vorjahreslöhnen zu gewähren wäre. Im vom Regierungsrat beantragten Budget 2027 wurde von einer Teuerung von 0,2% ausgegangen.

Der Regierungsrat beantragt, die effektive Teuerung von 0,95% zu übernehmen und die Erhöhung im Budget 2027 um gesamthaft 4,008 Millionen Franken.

Die Teuerungszulage wird gewährt auf:
- die Jahresgehälter der Mitglieder des Regierungsrates gemäss § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990 (BGS 151.2)
- die im Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz; PG, BGS 154.21) vom 1. September 1994 enthaltenen Jahreslöhne des Staatspersonals (§ 44), der Richterinnen und Richter, der Landschreiberin oder des Landschreibers, der oder des Datenschutzbeauftragten sowie der Ombudsperson (alle § 45)
- die Ansätze für Entschädigungen gemäss §§ 4 bis 8 des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz, BGS 154.25) vom 27. Januar 1994
- die Pauschalen gemäss § 3 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz, BGS 412.31) vom 21. Oktober 1976 sowie § 1 und § 3 Abs. 1 der Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldungen des gemeindlichen Lehrpersonals (Schulsubventions-Verordnung, BGS 412.312) vom 25. November 2008
- die Pauschalen zur Finanzierung der schulergänzenden Betreuungsangebote (SEB) gemäss § 43 Abs. 7 des Schulgesetzes (BGS 412.11) vom 27. September 1990
- den Kantonsbeitrag an die Pädagogische Hochschule Zug gemäss § 1 Abs. 2 des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz; PG, BGS 154.21) vom 1. September 1994 in Verbindung mit § 1 Abs. 2 und § 16 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Zug (PH-Gesetz, PHG, BGS 414.41) vom 28. Februar 2013
- die Pauschalen gemäss § 78 Abs. 2 des Schulgesetzes (SchulG, BGS 412.11) vom 27. September 1990 an anerkannte Privatschulen.

➔ Die Stawiko stimmt stillschweigend (bei einer kurzzeitigen Abwesenheit) für die Gewährung einer Teuerungszulage von 0,95% und damit für die Erhöhung des Budgets um 4,008 Millionen Franken.

Aufgrund der kurzzeitigen Abwesenheit eines Kommissionsmitglieds wird im Verlaufe der Sitzung ein Rückkommensantrag auf den Beschluss zur Teuerungszulage gestellt.

➔ Die Stawiko stimmt mit 8 : 5 Stimmen (bei einer Enthaltung und einer kurzzeitigen Abwesenheit) dem Rückkommen zu.

Es wird der Antrag gestellt, eine Teuerungszulage von 1,5% zu gewähren. Die steigenden Mietpreise im Kanton Zug seien im Landesindex der Konsumentenpreise nur aufgrund der nationalen Entwicklung berücksichtigt. Die Mietpreise im Kanton Zug seien jedoch stärker gestiegen als im schweizerischen Durchschnitt. Mit der stärkeren Erhöhung werde es für die Verwaltungsangestellten besser möglich, im Kanton Zug Wohnsitz zu nehmen.

Dem wird entgegengehalten, dass die Verwaltungsangestellten grosszügig entschädigt würden; ein Teuerungsausgleich sei in der Privatwirtschaft nicht die Norm. Zudem würden auch Angestellte mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons profitieren. Ein konsequenteres Vorgehen wäre, einen anderen Index für den Teuerungsausgleich heranzuziehen. Das müsste über einen entsprechenden Vorstoss geschehen.

➔ Die Stawiko stimmt mit 12 : 1 Stimmen (bei einer Enthaltung und einer kurzzeitigen Abwesenheit) für die Gewährung einer Teuerungszulage von 0,95%, für die Erhöhung des Budgets um 4,008 Millionen Franken und damit gegen den Antrag für die Gewährung einer Teuerungszulage von 1,5%.

4. Ergänzung der Anträge mit Kenntnisnahme der Strategie und Legislatur

Im Bericht und Antrag zum Budget 2027 stellt der Regierungsrat in Ziffer 2 die vier Handlungsfelder der Strategie 2027-2034 sowie die Legislaturziele 2027-2030 dar. Die Kenntnisnahme der Strategie 2027-2034 sowie der Legislaturziele 2027-2030 hat der Regierungsrat noch nicht beantragt. Dies wäre separat erfolgt. Weil der Bericht und Antrag zum Budget 2027 auf die Strategie 2027-2034 sowie die Legislaturziele 2027-2030 Bezug nehmen ist eine Vereinigung der beiden Vorlagen denkbar. Dafür sprechen insbesondere Effizienzgründe sowie der Umstand, dass beide Vorlagen sowieso im November zu behandeln sind.

Da der Budgetantrag 2027 bereits der Stawiko überwiesen worden ist, beantragt der Regierungsrat der Stawiko, dass sie ihren Bericht und Antrag zuhanden des Kantonsrats um die folgenden beiden Anträge ergänzt:

7) Kenntnisnahme der Strategie des Regierungsrats für die Jahre 2027-2034;
8) Kenntnisnahme der Legislaturziele des Regierungsrats für die Jahre 2027-2030

In der Diskussion zeigt sich, dass die Stawiko dieses Vorgehen unterstützt.

➔ Die Stawiko stimmt stillschweigend zu, die beiden zusätzlichen Anträge in den Bericht und Antrag der Stawiko aufzunehmen.

5. Detailberatung: Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Ämtern

Im Folgenden werden jene Bereiche erwähnt, zu denen in der Detailberatung Anträge gestellt wurden oder die vertieft beraten worden sind:

15 Direktion des Innern
1500 Direktionssekretariat DI
Unter den Einfluss- und Plangrössen werden die Anzahl Einbürgerungen ausgewiesen. Bei der Visitation der Delegation ergaben sich Unklarheiten im Zusammenhang mit den gestellten Gesuchen und abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren.

Die Stawiko stimmt dem Antrag zu einer damit verbundenen Aufforderung an die Direktion des Innern stillschweigend zu.

➔ Die Direktion des Innern wird aufgefordert, zukünftig die Anzahl «Einbürgerungen» unter den Einfluss- und Plangrössen in Anzahl «Gesuche» und Anzahl «Einbürgerungen» zu unterteilen, damit ersichtlich ist, ob es sich um gestellte Gesuche oder abgeschlossene Einbürgerungsverfahren handelt.

1550 Sozialamt
Per 1. Januar 2027 wird der Grundbedarf in der Asylsozialhilfe um 15 Prozent reduziert. Für die Anpassung der Unterstützungsansätze ist keine Gesetzes - oder Beschlussvorlage an den Kantonsrat erforderlich. Zuständig für die Festlegung der Ansätze ist die Direktion des Innern. Gestützt auf die aktuellen Ausgaben für den Grundbedarf wird für das Jahr 2027 von Einsparungen in der Höhe von rund 690 000 Franken ausgegangen. Die tatsächlichen Auswirkungen auf die Staatsrechnung sind von der Entwicklung der Fallzahlen abhängig. Aufgrund dieser Minderausgaben wird beantragt, das Budget 2027 im Sozialamt um 690 000 Franken zu reduzieren.

➔ Die Stawiko beschliesst stillschweigend, das Budget 2027 des Sozialamts aufgrund der Reduktion der Asylsozialhilfe um 690 000 Franken zu reduzieren.

1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz
Der Regierungsrat beantragt eine 80%-Stelle «Führungsunterstützung der Amtsleitung» im Bereich KESB.

Es wird der Antrag gestellt, diese Stelle im Budget 2027 zu streichen. Dieser Stellenantrag greife dem Entscheid über die Trennung von Amtsleitung und Präsidium teilweise vor. Zudem existiere bereits heute eine Person, die das Vizepräsidium und diese Führungsaufgaben innehabe. Zukünftig solle der heutige Vizepräsident seine Führungsaufgabe ablegen und die Funktion als ein weiteres Behördenmitglied ohne Führungsfunktion übernehmen. Deshalb erschliesse sich der zusätzliche Stellenantrag für die Führungsunterstützung der Amtsleitung im Bereich KESB nicht, weil die Personalressourcen faktisch vorhanden seien.

Der Finanzdirektor nimmt dazu nach Rücksprache mit der Direktion des Innern wie folgt Stellung:

Die Frage, ob mit der vorgesehenen Neuorganisation einem Entscheid des Kantonsrats über die Trennung von Amtsleitung und KESB-Präsidium vorgegriffen werde, werde derzeit rechtlich geklärt. Die bisherige Beurteilung zeige, dass das geltende Recht eine weitgehende Delegation von Aufgaben des Präsidiums an das Vizepräsidium zulasse. Eine vorgängige Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB, BGS 211.1) sei dafür grundsätzlich nicht erforderlich; allenfalls brauche es punktuelle Anpassungen der Geschäftsordnung des Kindes- und Erwachsenenschutzes (KES). Die Abklärung zeige aber auch, dass die gesetzliche Verantwortung des Präsidiums gewahrt bleiben müsse und einzelne organisatorische und kompetenzrechtliche Fragen noch sauber geregelt werden müssten. Diese Fragen würden derzeit noch geklärt. Davon zu unterscheiden sei die politische Grundsatzfrage, ob Amtsleitung und KESB-Präsidium künftig auch gesetzlich getrennt werden sollten. Darüber habe letztlich der Kantonsrat zu entscheiden. Der Vorschlag der Delegation, diesen Grundsatzentscheid bereits vor der anstehenden Gesetzesrevision einzuholen, werde unterstützt. Unabhängig davon bestehe aber der zusätzliche Führungsbedarf bereits heute.

Die Stawiko-Delegation DI gehe davon aus, dass die notwendigen Personalressourcen bereits vorhanden sind, weil das Vizepräsidium heute schon Führungsaufgaben wahrnehme. Das Vizepräsidium sei jedoch gleichzeitig stark in die Behörden- und Verfahrensarbeit eingebunden. Diese Ressource stehe deshalb nicht einfach zusätzlich für eine verstärkte Führungsfunktion zur Verfügung. Solle die Amtsleitung wirksam entlastet und die operative Führung der KESB beim Vizepräsidium gestärkt werden, brauche es dafür zusätzliche Kapazitäten. Genau diese Kapazitäten würden die beantragten 80 Stellenprozente schaffen. Der Bedarf bestehe unabhängig davon, wie Amtsleitung und KESB-Präsidium künftig gesetzlich organisiert würden. Der Direktion des Innern sei bewusst, dass für das Budget 2027 keine weiteren Stellenanträge erwartet wurden. Der zusätzliche Führungsbedarf habe sich jedoch gerade als Ergebnis der durchgeführten Organisationsanalyse konkretisiert. Die Analyse habe aufgezeigt, dass für eine wirksame Entlastung der Amtsleitung und eine Stärkung der Führung im Bereich KESB zusätzliche Kapazitäten erforderlich seien. Deshalb halte die Direktion des Innern an den beantragten 80 Stellenprozenten fest.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 12 : 3 Stimmen, das Budget 2027 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz um 136 000 Franken mit der Intention zu reduzieren, die 80%-Stelle «Führungsunterstützung der Amtsleitung» im Bereich KESB nicht zu schaffen.

Die Direktion des Innern plant die Revision des EG ZGB erst im Jahr 2029. Aus Sicht der Stawiko soll aber der Kantonsrat deutlich früher über die Trennung von Präsidium und Amtsleitung aufgrund einer Teilrevision entscheiden. In diesem Zusammenhang solle der Regierungsrat aufgefordert werden, den Entscheid über die Trennung von Präsidium und Amtsleitung über eine Teilrevision früher einzuholen.

Die Stawiko stimmt dem Antrag zu einer damit verbundenen Aufforderung an den Regierungsrat stillschweigend zu.

➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, vorgängig zur geplanten Revision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB) den Entscheid über die Fragestellung der Trennung von Präsidium und Amtsleitung beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz über eine Teilrevision beim Kantonsrat abzuholen.

Bei den Angaben zu den geführten und aktiven Mandaten wurden von der Delegation während der Visitation Unterschiede gefunden.

Gemäss der Direktion des Innern seien bei den Einfluss-/Plangrössen die Zahlen nicht mit dem Stellenantrag abgestimmt worden. Diese seien deshalb in den Einfluss-/Plangrössen, insbesondere im Bereich Erwachsenenschutz, zu hoch. An den Prognosen für 2027 und dem entsprechenden Bedarf halte die Direktion fest und bitte die Delegation, die Stawiko darauf hinzuweisen, dass die Zahlen gemäss Stellenantrag ausschlaggebend seien.

Die Stawiko stimmt dem Antrag zu einer damit verbundenen Aufforderung an die Direktion des Innern stillschweigend zu.

➔ Die Direktion des Innern wird aufgefordert, künftig durchgängig die gleichen Zahlen im gesamten Budgetprozess – insbesondere bei den Mandaten im Kindes- und Erwachsenenschutzbereichs – zu verwenden.

Der Regierungsrat beantragt eine 60%-Stelle «Berufsbeistandsperson Erwachsenenschutz».

Es wird der Antrag gestellt, diese Stelle im Budget 2027 zu streichen. In ihrem Bericht und Antrag zum Budget 2026 vom 29. Oktober 2025 habe die Stawiko die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass sich die personelle Situation im Amt stabilisieren werde und keine weiteren Stellenanträge mehr gestellt würden. Bei der Begründung für diese Stelle sei zudem mit verschiedenen Zahlengrundlagen gerechnet worden. Auch sei in den Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) nicht klar festgelegt, ob bei der Berechnung der notwendigen Ressourcen die «aktiven» oder die «geführten» Mandate im Kindes- und Erwachsenenschutz als Grundlage dienen. Je nach Berechnungsmethode führe dies zu mehr oder weniger Personalressourcen.

Der Finanzdirektor nimmt dazu nach Rücksprache mit der Direktion des Innern wie folgt Stellung:

Die Direktion des Innern gibt der Delegation recht: Die unterschiedlichen Mandatszahlen im Budgetprozess seien verwirrend gewesen. Dies sei inzwischen nochmals genau geprüft und der Delegation auch eine entsprechende Berechnung nachgereicht worden. Entscheidend sei: Bereits mit den aktuellen Mandatszahlen vom September würden gemäss den KOKES-Empfehlungen rund 50 Stellenprozente fehlen. Für 2027 ergebe sich auf Basis der Zahlen des Stellenantrags ein zusätzlicher Bedarf von rund 60 Stellenprozenten. Es würde also keine Reserve beantragt. Die Berufsbeistandspersonen seien bereits heute am oberen Limit der KOKES-Empfehlungen. Hinzu würde kommen, dass die Direktion des Innern 2027 weiterhin mit einer hohen Mandatsbelastung rechne. Die 2026 aufgearbeiteten Gefährdungsmeldungen führten teilweise erst jetzt zu neuen Massnahmen und damit zu neuen Mandaten.
Die unterschiedlichen Zahlen seien unglücklich gewesen. Aber sie würden nichts daran ändern, dass der zusätzliche Personalbedarf bestehe und rechnerisch ausgewiesen sei. Deshalb hält die Direktion des Innern an den beantragten 60 Stellenprozenten fest.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 9 : 6 Stimmen, das Budget 2027 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz um 62 500 Franken mit der Intention zu reduzieren, die 60%-Stelle «Berufsbeistandsperson Erwachsenenschutz» nicht zu schaffen.

1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie (ADA)
Der Regierungsrat beantragt eine 60%-Stelle «Juristische/r Mitarbeiter/in».

Es wird beantragt, diese Stelle im Budget 2027 zu streichen. Es bestehe die Gefahr, dass mit mehr juristischen Ressourcen auch juristische Spitzfindigkeiten im Vordergrund stehen würden, weniger Augenmass angewendet werde und die Prozesse für alle Beteiligten im Prozess komplexer würden. Gleichzeitig wird in der Stawiko das Anliegen bestätigt, keine langen Verfahren fördern zu wollen, sondern rasch zu Klarheit über den Denkmalschutz zu kommen.

Der Finanzdirektor nimmt dazu nach Rücksprache mit der Direktion des Innern wie folgt Stellung:

Heute würden die juristischen Arbeiten im Amt zu einem grossen Teil von Archäologinnen, Kunsthistorikern und Architektinnen erledigt. Das seien ausgewiesene Fachleute in ihren Gebieten – aber keine Juristen. Entsprechend aufwendig sei es für sie, diese Arbeiten zusätzlich zu ihren eigentlichen Aufgaben zu erledigen. Genau hier solle die neue Stelle ansetzen. Die juristische Fachperson solle die Geschäfte im Amt rechtlich vorbereiten und die Fachpersonen entlasten. Damit können die Verfahren schneller und effizienter bearbeitet werden. Es gehe dabei nicht darum, zusätzliche juristische Hürden aufzubauen. Im Gegenteil: Gerade bei Baubewilligungsverfahren seien heute auf der Gegenseite häufig bereits Anwälte involviert. Eine juristische Fachperson im ADA helfe, solche Verfahren sauber vorzubereiten und schneller voranzubringen, so dass Bauherren schneller mit dem Bau beginnen können. Die Stelle ersetze auch nicht den Rechtsdienst der Direktion. Dieser habe andere Aufgaben. Es gehe um die juristische Arbeit, die heute bereits im ADA anfalle und dort von Nicht-Juristen erledigt werden müsse. Die 60 Stellenprozente schaffe also keine neue Aufgabe. Sie sorge dafür, dass bestehende Aufgaben von der richtigen Fachperson erledigt werden könnten. An den 60 Stellenprozenten für eine juristische Fachperson werde deshalb festgehalten.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 8 : 7 Stimmen, das Budget 2027 des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um 56 300 Franken mit der Intention zu reduzieren, die 60%-Stelle «Juristische/r Mitarbeiter/in» nicht zu schaffen.

20 Volkswirtschaftsdirektion
Es wird festgestellt, dass zusätzliche Leistungen nicht immer in den Leistungsauftrag der Ämtereinfliessen. So soll zum Beispiel beim Amt für Berufsbildung ein Betriebscoaching zur Unterstützung von Lehrbetrieben eingeführt werden. Oder beim Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum werden für den Herdenschutz zusätzliche Aufwendungen budgetiert, ohne, dass dafür ein eigenes Leistungsziel definiert wurde.

Die Stawiko ist sich einig, dass der Regierungsrat aufgefordert werden soll, bei neuen oder wesentlich erweiterten staatlichen Aufgaben und Angeboten, welche zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel erfordern, die Leistungsaufträge konsequent zu überprüfen und anzupassen.

➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, bei neuen oder wesentlich erweiterten staatlichen Aufgaben und Angeboten, die zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel erfordern, die Leistungsaufträge konsequent zu überprüfen und anzupassen. Wo die Leistung steuer- und messbar ist, sind geeignete Leistungs- oder Wirkungsziele festzulegen. Dadurch soll die Verbindung zwischen eingesetzten Mitteln, erbrachten Leistungen und erzielter Wirkung nachvollziehbar ausgewiesen werden.

2013 Gewerblich-industrielles Bildungszentrum
Beim Gewerblich-industriellen Bildungszentrum (GIBZ) beantragt der Regierungsrat über alle Prorektorate sieben Lehrpersonen. Gemäss Delegationsbericht wurden sechs der sieben beantragten Stellen bereits besetzt. Es handle sich um eine Nachbudgetierung. Die Stawiko möchte dazu detaillierte Informationen.

Zudem fehlt auf dem pauschalen Stellenantrag des GIBZ von ursprünglich zehn Lehrpersonen die Berechnungsgrundlagen und die Bereiche, in welchen die Lehrpersonen eingesetzt werden sollen.

Gemäss Auskunft der Volkswirtschaftsdirektion seien die sechs Lehrpersonen in den Jahren 2024 und 2025 nicht budgetiert gewesen. Im Rahmen des Budgetprozesses 2027 sei dies durch das verstärkte Controlling des Personalamts festgestellt worden. Aufgrund dessen sei der Prozess so angepasst worden, dass die Situation nicht mehr vorkommen werde. Das neue Personal Dashboard gebe dem GIBZ jederzeit die Übersicht über die Stellen der Lehrpersonen, was bis anhin nicht der Fall gewesen sei. Diese Stellen würden den neu eingeführten Bereich Fachmann/-frau Betreuung EFZ sowie die Bereiche Fachmann/frau Gesundheit EFZ und Informatiker/in EFZ betreffen.

Nicht bewilligte Stellen darf es aus Sicht der Stawiko nicht geben. Deshalb muss das Personal-Controlling so aufgebaut sein, dass solche Fehler nicht mehr vorkommen. Die Kommission ist sich einig, dass eine entsprechende Aufforderung an den Regierungsrat gestellt wird.

➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Personal-Controlling über die gesamte Verwaltung so aufzubauen und eng durchzuführen, dass damit die bewilligten Stellen eingehalten werden. Verantwortlich für die Einhaltung der bewilligten Stellen sind die Direktionen.

Stellenanträge haben aus Sicht der Stawiko auch bei den Lehrpersonen eine nachvollziehbare Begründung und die Bereiche, in welchen die Lehrpersonen eingesetzt werden, zu enthalten. Insbesondere in diesem Fall, bei welchem die Budgetierung in den Vorjahren vergessen wurde, erwartet die Stawiko, dass diese Information auf dem Stellenantrag enthalten ist. Die Kommission ist sich einig, dass eine entsprechende Aufforderung an den Regierungsrat gestellt wird.

➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, auch bei den Stellenanträgen für Lehrpersonen nachvollziehbare Begründungen und die Bereiche, in welchem die Lehrpersonen eingesetzt werden, anzugeben.

2050 Landwirtschaftsamt
Im Budget 2027 sind in der Investitionsrechnung beim Projekt VD2050.0007 500 000 Franken höhere Meliorationsbeiträge infolge möglicher Entschädigungen PFAS enthalten. Allfällige Entschädigungsgesuche würden gemäss Auskunft der Volkswirtschaftsdirektion auf der Grundlage von § 9 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht (EG Landwirtschaft, BGS 921.1) behandelt. Eine Anpassung des EG Landwirtschaft sei in Erarbeitung.

In der Diskussion zeigt sich, dass aus Sicht der Stawiko eine ganzheitliche Betrachtung der PFAS-Problematik – nicht nur für den Bereich der Landwirtschaft – notwendig ist. Der Betrag von 500 000 Franken für das Projekt VD2050.0007 soll im Budget 2027 belassen werden, da neu eingeführte PFAS-Grenzwerte die Landwirtschaft kurzfristig in Bedrängnis bringen könnten. Mit dem budgetierten Betrag könne der Regierungsrat auf solche Ereignisse reagieren.

In der Stellungnahme des Regierungsrats zur Stawiko-Pendenzenliste vom 3. Juni 2026 wird ausgeführt, dass die kantonale PFAS-Arbeitsgruppe unter der Leitung der Baudirektion beziehungsweise des Amts für Umwelt derzeit ein PFAS-Konzept für den Kanton Zug erarbeite. Dieses ziele darauf ab, bestehende PFAS-Belastungen zu identifizieren, Risiken für Mensch und Umwelt zu minimieren und zukünftige PFAS-Einträge möglichst zu verhindern. Gleichzeitig sollen betroffene Branchen im Umgang mit den daraus resultierenden Herausforderungen unterstützt werden. Das Konzept werde zusammen mit der Motion betreffend PFAS-Aktionsplan in der zweiten Hälfte des Jahres 2026 vorliegen.

Die Stawiko ist sich einig, dass die Aufforderungen gemäss Stawiko-Pendenzenliste vom 3. Juni 2026 noch pendent gehalten werden muss. Besonders wichtig ist, dass eine ganzheitliche Betrachtung über die PFAS-Problematik in das Konzept einfliesst.

➔ Die Stawiko hält an der Aufforderung zu PFAS gemäss Stawiko-Pendenzenliste vom 3. Juni 2026 fest: «Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine schriftliche Lagebeurteilung zu PFAS, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Bundes und der Massnahmen anderer Kantone, zu erstellen.» Ergänzend ist es der Stawiko wichtig, dass die PFAS-Problematik ganzheitlich über alle betroffenen Bereiche betrachtet wird.

30 Baudirektion

Die im Finanzplan ausgewiesenen Beträge weichen teilweise von den Fachplanungen der Ämter ab, oder es sind noch nicht sämtliche absehbaren Kosten berücksichtigt. So weist die Spezialfinanzierung Strassenbau gemäss der Fachplanung des Tiefbauamts für Ende 2030 einen deutlich höheren negativen Saldo aus als der Finanzplan gemäss Budget 2027. Die Differenz ist auf Pauschalkorrekturen zurückzuführen. Auch beim Projekt Bostadel basiert die Finanzplanung auf einem Kostenstand, der aufgrund laufender Abklärungen noch nicht aktualisiert wurde.

Aus Sicht der Stawiko ist es wichtig, dass solche Abweichungen und Unsicherheiten im Finanzplan ausgewiesen werden. Damit soll eine verlässliche Beurteilung der künftigen finanziellen Belastungen ermöglicht werden. Die Kommission ist sich einig, dass eine entsprechende Aufforderung an den Regierungsrat gestellt wird.

➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, ab dem Budget 2028 im Finanzplan auszuweisen, wo die Fachplanung der Ämter von den eingestellten Beträgen abweicht oder bekannte Kosten noch nicht enthalten sind, und zwar je Position mit Betrag, Grund und Zeitpunkt der Anpassung. Dies betrifft namentlich die Spezialfinanzierung Strassenbau (Saldo Ende 2030 gemäss Tiefbauamt minus 46,9 Millionen Franken statt minus 3,8 Millionen Franken) und das Projekt Bostadel (Finanzplan auf dem Stand vor der Kostenüberprüfung).

Zum Projekt Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel wird in der Stellungnahme des Regierungsrats zur Stawiko-Pendenzenliste vom 3. Juni 2026 ausgeführt, dass die Information über die Kostenentwicklung an die zuständigen Kommissionen und an den Kantonsrat zeitnah durch den Regierungsrat an die Hand genommen werde. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Die Stawiko ist sich deshalb einig, dass diese Aufforderung noch pendent gehalten werden muss.

➔ Die Stawiko hält an der Aufforderung zur Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel gemäss Stawiko-Pendenzenliste vom 3. Juni 2026 fest: «Der Regierungsrat wird aufgefordert, den zuständigen Kommissionen und dem Kantonsrat zeitnah darzulegen, in welcher Grössenordnung ein Zusatzkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu erwarten ist.»

35 Sicherheitsdirektion

Die Delegation stellt fest, dass bei den Sachaufwänden die IT-Kosten immer mehr ansteigen. Gleichzeitig wird im Budget 2027 erstmals das kantonale Kompetenzzentrum für Cybersicherheit (KKC) budgetiert. Aufgrund dieser Ausgangslage schlagt die Delegation SD vor, dass einerseits geprüft werden soll, ob der Kantonsrat eine ständige IT-Kommission einführen soll. Andererseits schlägt sie eine Aufforderung vor, dass angesichts der steigende IT-Kosten der Regierungsrat diesem Thema eine Schwerpunktdiskussion widmen soll.

In der Diskussion wird eingebracht, dass steigende IT-Kosten auch in der Privatwirtschaft feststellbar seien. Ob eine IT-Kommission des Kantonsrats dieser Entwicklung entgegenwirken kann, wird teilweise stark angezweifelt. Zudem wird eingewendet, dass aufgrund der Motion der ad-hoc Kommission Pilotprojektgesetz betreffend Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für den innerkantonalen elektronischen Datenaustausch und Bildung einer neuen ständigen Kommission (Vorlage 3684) die Frage einer ständigen Kommission bereits geprüft werde. Mit der Antwort des Regierungsrats auf die Motion werde der Kantonsrat diese Frage behandeln können.

Der Finanzdirektor ergänzt, dass die Bereitstellung von IT zur sogenannten Bedarfsverwaltung (Beschaffung der benötigten Sachmittel) gehöre, die in die Zuständigkeit des Regierungsrats und der Justiz falle. Mit der Einführung einer kantonsrätlichen IT-Kommission würden die eingespielten Prozesse neu geregelt. Eine solche Änderung würde zu massiv mehr Bürokratie führen. Die Verwaltung und die Justiz wären nicht mehr in der Lage, die für die Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben benötigten Sachmittel rechtzeitig und auf ihre Bedürfnisse abgestimmt zu beschaffen.

Aus der Kommission wird erwähnt, dass anstelle einer Aufforderung eine Kommissions-Motion der bessere Weg für die Einführung einer IT-Kommission wäre. Die Kommission stimmt deshalb vor dem Entscheid über eine Aufforderung darüber ab, ob die Stawiko eine entsprechende Kommissions-Motion einreichen soll.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 13 : 2 Stimmen keine Kommissions-Motion für die Einführung einer kantonsrätlichen IT-Kommission einzureichen.

Nachdem die Einreichung einer Kommissions-Motion abgelehnt wird, stimmt die Stawiko darüber ab, ob die von der Delegation beantragte Aufforderung an den Regierungsrat gestellt werden soll.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 13 : 2 Stimmen keine Aufforderung für die Prüfung der Einführung einer kantonsrätlichen IT-Kommission zu stellen.

Anschliessend wird den Antrag über die Aufforderung an den Regierungsrat abgestimmt, diesem Thema eine Schwerpunktdiskussion zu widmen.

➔ Die Stawiko beschliesst stillschweigend dem Regierungsrat die Aufforderung zu stellen, dem Thema steigende IT-Kosten eine Schwerpunktdiskussion zu widmen.

➔ Der Regierungsrat wird aufgefordert, der Entwicklung der IT-Kosten beim Amt für Informatik und Organisation (AIO) und in den Ämtern eine Schwerpunktdiskussion zu widmen und die Ergebnisse der Stawiko zukommen zu lassen.

40 Gesundheitsdirektion
4050 Amt für Gesundheit
Die Stawiko hält fest, dass zwar für das Krebsscreening eine Stelle (100%) beim Amt für Gesundheit beantragt ist. Hingegen wurden keine zusätzlichen Kosten im Finanzplan berücksichtigt, da die Programmkosten aus Sicht der Gesundheitsdirektion derzeit noch nicht verlässlich geschätzt werden können.

50 Finanzdirektion
5000 Direktionssekretariat FD
Die Stawiko stellt fest, dass beim Projekt FD5000.0001 Darlehen EVZ Sport AG beim Direktionssekretariat FD 35 Millionen Franken budgetiert sind. Zum Zeitpunkt der Budgetierung waren noch keine Zahlungen geleistet worden. In der Zwischenzeit wurden jedoch bereits 20 Millionen Franken ausbezahlt. Der Betrag im Budget 2027 kann deshalb um diesen Betrag auf 15 Millionen Franken gekürzt werden.

➔ Die Stawiko beschliesst stillschweigend das Budget 2027 des Projekts FD5000.0001 Darlehen EVZ Sport AG in der Investitionsrechnung um 20 Millionen Franken zu kürzen.

61 Richterliche Behörden
Aufgrund der nachfolgenden Diskussion um die Stellen wird die Frage aufgeworfen, ob die Richterlichen Behörden über ein Kennzahlensystem zur Erfassung der eingegangenen und bearbeiteten Fälle, welches auch die unterschiedliche Komplexität der Fälle berücksichtigt, verfügen. Diese Kennzahlen könnten auch die nachfolgend erwähnte Bedarfs- und Ressourcenabklärung unterstützen. Die Kommission ist sich einig, dass eine entsprechende Aufforderung an das Obergericht und an das Verwaltungsgericht gestellt werden soll.

Dem wird entgegengehalten, dass ein solches Kennzahlensystem keine Aussage über die Qualität der Rechtsprechung zulasse.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 12 : 2 Stimmen (bei einer kurzzeitigen Abwesenheit), das Obergericht und das Verwaltungsgericht aufzufordern, ein Kennzahlensystem zur Erfassung der eingegangenen und bearbeiteten Fälle, welches auch die unterschiedliche Komplexität der Fälle berücksichtigt, einzuführen.

6101 Kantonsgericht: Verwaltung
Bei der Verwaltung des Kantonsgerichts sind unter anderem drei Gerichtschreiber/innen-Stellen (total 220 Stellenprozent) beantragt.

Es wird der Antrag gestellt, die beantragten 220 Stellenprozent für drei Gerichtschreiber/innen auf zwei Jahre zu befristen. Mit der Teil-Erheblicherklärung der Berichts-Motion von Kurt Balmer, Mirjam Arnold, Benny Elsener, Isabel Liniger, Anastas Odermatt und Michael Riboni betreffend Gerichtsanalyse und Anpassungsbedarf der Organisation der Zuger Justiz an zukünftige Herausforderungen (Vorlage 3541) sei eine Bedarfs- und Ressourcenabklärung in Auftrag gegeben worden. Es gelte nun, die Ergebnisse dieser Analyse abzuwarten. Allenfalls müsste aufgrund der Analyse eine Umorganisation der Gerichte vorgenommen werden. Deshalb mache es keinen Sinn, bevor die Resultate der Analyse vorhanden seien, unbefristete neue Stellen zu bewilligen.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 10 : 4 Stimmen (bei einer kurzzeitigen Abwesenheit), die beantragten 220 Stellenprozent für drei Gerichtschreiber/innen bei der Verwaltung des Kantonsgerichts auf zwei Jahre zu befristen.

6106 Strafgericht: Verwaltung
Bei der Verwaltung des Kantonsgerichts sind zwei Gerichtschreiber/innen-Stellen (total 160 Stellenprozent) beantragt.

Es wird der Antrag gestellt, die beantragten160 Stellenprozent für zwei Gerichtschreiber/innen auf zwei Jahre zu befristen. Es würden die gleichen Ausführungen wie bei den beantragten Stellen für Gerichtschreiber/innen der Verwaltung des Kantonsgerichts gelten.

➔ Die Stawiko beschliesst mit 10 : 4 Stimmen (bei einer kurzzeitigen Abwesenheit), die beantragten 160 Stellenprozent für zwei Gerichtschreiber/innen bei der Verwaltung des Strafgerichts auf zwei Jahre zu befristen.

6181 Verwaltungsgericht: Verwaltung
Der Stawiko-Präsident und die Delegation der Richterlichen Behörden wurden vorgängig zur Stawiko-Sitzung von der Verwaltungsgerichtspräsidentin informiert, dass das Verwaltungsgericht einen Änderungsantrag zum Budget 2027 stellt. Die Künstliche Intelligenz (KI) habe das Verwaltungsgericht bereits im Jahr 2026 viel stärker beschäftigt, als vorherzusehen gewesen sei. Trotz planmässiger, erfreulicher Umsetzung der effizienzsteigernden Massnahmen werde man den Fällen mit dem aktuellen Personalbestand nicht innert vernünftiger Frist Herr. Deshalb stellt das Verwaltungsgericht dem Kantonsrat in der anstehenden Budgetberatung Ende November 2026 den Antrag, die Kostenstelle 6181 (Verwaltungsgericht: Verwaltung), Konto 301 (Löhne) gegenüber dem eingegebenen Budget von 1,4115 Millionen Franken um 200 000 Franken zu erhöhen. Damit solle im Jahr 2027 temporär Aushilfspersonal auf Ebene Gerichtsschreiber und Kanzlei angestellt beziehungsweise bestehendes Personal temporär aufgestockt werden.

➔ Die Stawiko stimmt dem Antrag des Verwaltungsgerichts stillschweigend zu (bei einer kurzzeitigen Abwesenheit), das eingegebene Budget 2027 der Kostenstelle 6181 (Verwaltungsgericht: Verwaltung), Konto 301 (Löhne) von 1,4115 Millionen Franken um 200 000 Franken zu erhöhen.

6. Öffentlich-rechtliche Anstalten

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind nicht Bestandteil der Staatsrechnung. Jedoch hat der Kantonsrat aufgrund von Bestimmungen in Spezialgesetzen die Budgets der Pädagogischen Hochschule Zug und der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

5.1 Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug)

Der Leistungsauftrag der PH Zug ist gleich aufgebaut wie diejenigen der kantonalen Ämter. Das ausgeglichene Globalbudget enthält den Kantonsbeitrag von rund 11,4 Millionen Franken, welcher sich im Vergleich zum Vorjahresbudget um 571 000 Franken erhöht.

Der budgetierte Kantonsbeitrag von rund 11,4 Millionen Franken entspricht dem Betrag, der im Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (Amt Nr. 1730) erfasst ist.

5.2 Justizvollzugsanstalt Bostadel

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Anhang zu BGS 332.31) müssen die Parlamente beider Kantone das Budget, die Jahresrechnung und den Jahresbericht beschliessen. Das Budget 2027 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 682 000 Franken, wovon der Kanton Zug einen Fünftel oder rund 136 300 Franken tragen muss. Dieser Betrag ist im Globalbudget des Amts für Justizvollzug (Amt Nr. 3596) bei der Sicherheitsdirektion eingestellt.

Die Investitionsrechnung sieht für 2027 Ausgaben von rund 1,1 Millionen Franken vor, rund 52 000 Franken mehr als im Vorjahresbudget. Die geplanten Investitionen für die Instandsetzung mit Neubau sind beim Hochbauamt enthalten.

7. Finanzstatus

Der aktuelle Finanzstatus erfasst die finanziellen Auswirkungen derjenigen Geschäfte, die in der Zeit vom 24. September 2025 bis 15. September 2026 von der Regierung und dem Kantonsrat beschlossen worden sind. Der Finanzstatus zeigt die Differenzen zwischen den effektiven Ausgabenbeschlüssen und den Budget- beziehungsweise Finanzplanzahlen. Es ist zu beachten, dass die finanziellen Entwicklungen, die nicht auf Regierungsrats- oder Kantonsrats-Beschlüsse zurückgehen (wie zum Beispiel Veränderungen bei den Steuererträgen oder die zeitliche Verschiebung von Investitionsprojekten) nicht berücksichtigt sind. Die Übersicht fasst alle finanziellen Auswirkungen zusammen. Es zeigt sich, dass die erfassten Beschlüsse die Jahresrechnung 2026 um 7,9 Millionen Franken mehr belasten als budgetiert. Hauptverantwortlich dafür sind die Beschlüsse des Kantonsrats betreffend die Finanzierung der Konzeption, Umsetzung und des Betriebs eines kantonalen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit (KKC) im Betrag von rund 4,7 Millionen Franken sowie des Regierungsrats betreffend der Einführung Release-Upgrade Zuglogin und Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2026 (+0,9 Millionen Franken), der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2026-2028 mit der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zug (GGZ) betreffend die Schule Horbach in Zug (+0,8 Millionen Franken) und der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2026-2028 mit der Stiftung Zürcher Sprachheilschule Unterägeri betreffend die Zürcher Sprachheilschule Unterägeri (+0,7 Millionen Franken).

Die Investitionsrechnung liegt um rund 37,8 Millionen Franken über dem Budget. Dies ist vor allem auf folgende Beschlüsse zurückzuführen:

- Kantonsrat: Darlehen an die Zugerland Verkehrsbetriebe AG (ZVB) zur Finanzierung der Ersatzbeschaffung und der Umrüstung der Fahrzeugflotte auf einen CO2-neutralen Betrieb (+ 17,3 Millionen Franken),
- Kantonsrat: Darlehen an die Stiftung «The International School of Zug and Luzern» (ISZL) zur Finanzierung der Schulraumerweiterung (+10,0 Millionen Franken),
- Regierungsrat: Projekt «IT5050.2045 Digital Experience Plattform KTZG & Gemeinden»: Kenntnisnahme einer Budgetkreditüberschreitung im Budget 2026 (+3,3 Millionen Franken) und
- Regierungsrat: Genehmigung des Vertrags über die Gewährung eines verzinslichen Darlehens an die Stiftung Kinderheim Hagendorn, Lorzenweidstrasse 1, 6332 Hagendorn, betreffend das Bauvorhaben für das Heilpädagogische Zentrum Hagendorn; Sanierung des Schulhauses Kindergarten-Primarstufe (KGP) und den «Ersatzneubau Schulhaus» (+2,5 Millionen Franken).

Die Stawiko legt die Übersicht des Finanzstatus diesem Bericht bei (siehe Beilage 3).

➔ Die Stawiko nimmt vom Finanzstatus per 15. September 2026 Kenntnis.

8. Jahresberichte 2025 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen

Die Staatskanzlei stellt die Jahresberichte der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (IGPK) jeweils allen Mitgliedern des Kantonsrates zur Kenntnisnahme zu. Eine Traktandierung findet nicht statt, sodass der Kantonsrat dazu keine Stellung nehmen kann. Der Kanton Zug wird in den verschiedenen IGPK durch die Stawiko-Mitglieder vertreten, die für die jeweilige Direktion zuständig sind.

➔ Die Stawiko nimmt folgende Jahresberichte 2025 zur Kenntnis:
- Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)
- Hochschule Luzern (HSLU)
- Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)

9. Schlussabstimmung

Die Stawiko beschliesst mit 14 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei einer kurzzeitigen 1 Abwesenheit der Vorlage Nr. 4181.1 - 0000 gemäss Anträgen laut Detailberatung zuzustimmen.

10. Anträge

Gestützt auf diesen Bericht beantragt Ihnen die Stawiko,

1) die Leistungsaufträge 2027 zu genehmigen:

2) das Budget 2027 (Vorlage Nr. 4181.1 - 00000) mit folgenden Änderungen zu genehmigen (Abstimmungsverhältnisse zu den Änderungsanträgen siehe Kapitel Detailberatung):

   a) Gewährung einer Teuerungszulage von 0,95% und damit für die Erhöhung des Budgets um 4 008 000 Franken;
   b) Reduktion des Budgets 2027 des Sozialamts aufgrund der Senkung der Asylsozialhilfe um 690 000 Franken;
   c) Reduktion des Budgets 2027 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz um 136 000 Franken mit der Intention, die 80%-Stelle «Führungsunterstützung der Amtsleitung» im Bereich KESB nicht zu schaffen;
   d) Reduktion des Budgets 2027 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz um 62 500 Franken mit der Intention, die 60%-Stelle «Berufsbeistandsperson Erwachsenenschutz» nicht zu schaffen;
   e) Reduktion des Budgets 2027 des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um 56 300 Franken mit der Intention, die 60%-Stelle «Juristische/r Mitarbeiter/in» nicht zu schaffen;
   f) Reduktion des Budgets 2027 des Projekts FD5000.0001 Darlehen EVZ Sport AG in der Investitionsrechnung um 20 000 000 Franken;
   g) Befristung der beantragten 220 Stellenprozent für drei Gerichtschreiber/innen bei der Verwaltung des Kantonsgerichts auf zwei Jahre;
   h) Befristung der beantragten 160 Stellenprozent für zwei Gerichtschreiber/innen bei der Verwaltung des Strafgerichts auf zwei Jahre;
   i) Erhöhung des eingegebenen Budgets 2027 der Kostenstelle 6181 (Verwaltungsgericht: Verwaltung), Konto 301 (Löhne) von 1 411 500 Franken um 200 000 Franken.

3) den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2027 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;

4) das Budget 2027 der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu genehmigen;

5) den Finanzplan 2027–2030 zur Kenntnis zu nehmen;

6) die Finanzierungsprognose bis 2034 zu kantonalen Investitionsprojekten zur Kenntnis zu nehmen (siehe dazu Ziffer 10 im Bericht des Regierungsrats);

7) Kenntnisnahme der Strategie des Regierungsrats für die Jahre 2027-2034;

8) Kenntnisnahme der Legislaturziele des Regierungsrats für die Jahre 2027-2030.

Edlibach, 28. Oktober 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson

Beilagen:
1) Übersicht Personalstellenplanung Budget 2027
2) Finanzstatus per 15. September 2026
3) Liste der Aufforderungen
4) Matrix zum Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und/oder Globalbudget

60/sm

Kanton Zug

Beilage 1

Übersicht Personalstellenplanung Budget 2027

Hierarchie & Stellendetails			IST/BUD 2025				IST/Budget 2026				Eingereicht			Bewilligt			Δ Abw.		BUD 2027		Lohnkosten Bruttologik		Planjahre 28–30		
Dir.	Amt-Nr.	Amt / Stelle	IST 12.2025	IST Ø 2025	BUD 2025	Abw. IST Ø vs BUD 25	IST Ø 03.2026	BUD 2026	Abw. IST–BUD26	Auslauf Befrist.	Eing. davon Prio 1	Eing. davon Prio 2	Eing. Total	Bew. davon Prio 1	Bew. davon Prio 2	Bew. Total	Δ Antr. –Eing.	Δ Bew. –Eing.	BUD 27 Eing.	BUD 27 Bew.	Lohnk. Eing. CHF	Lohnk. Bew. CHF	Plan 2028	Plan 2029	Plan 2030
AV	1100	1100 Regierungsrat																							
AV	1120	1120 Kanzlei	27.80	27.68	28.20	-0.52	27.53	28.80	-1.27		0.70		0.70	0.30		0.30		-0.40	29.50	29.10	101'000	51'000	29.39	29.68	29.98
AV	1126	1126 Staatsarchiv	17.47	17.40	17.85	-0.45	18.16	17.95	0.21		0.60	0.50	1.10	0.60	0.50	1.10	-0.60		19.05	19.05	187'000	187'000	19.24	19.43	19.62
AV	1128	1128 Ombudsstelle	1.35	1.35	1.55	-0.20	1.35	1.55	-0.20										1.55	1.55			1.57	1.59	1.61
AV	1129	1129 Datenschutzstelle	2.60	2.60	2.60		2.40	2.60	-0.20										2.60	2.60			2.63	2.66	2.69
AV		**11 Allgemeine Verwaltung**	**49.22**	**49.03**	**50.20**	**-1.17**	**49.45**	**50.90**	**-1.45**		**1.30**	**0.50**	**1.80**	**0.90**	**0.50**	**1.40**	**-0.60**	**-0.40**	**52.70**	**52.30**	**288'000**	**238'000**	**52.83**	**53.36**	**53.90**
DI	1500	1500 Direktionssekretariat	14.70	14.69	14.85	-0.16	14.10	14.65	-0.55										14.65	14.65			14.80	14.95	15.10
DI	1515	1515 Amt für Grundbuch und Geoinformation	34.50	33.53	34.50	-0.97	34.60	34.80	-0.20			1.00	1.00		1.00	1.00			35.80	35.80	125'000	125'000	36.16	36.52	36.89
DI	1530	1530 Amt für Wald und Wild	21.50	21.76	21.50	0.26	21.43	22.30	-0.87										22.30	22.30			22.52	22.75	22.98
DI	1550	1550 Sozialamt	159.75	140.77	160.40	-19.63	157.65	160.40	-2.75	-0.50		0.50	0.50		0.50	0.50			160.40	160.40	62'500	62'500	162.00	163.62	165.26
DI	1552	1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	51.10	50.81	51.35	-0.54	55.38	57.25	-1.87			2.10	2.10		2.10	2.10			59.35	59.35	298'500	298'500	59.94	60.54	61.15
DI	1580	1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie	31.35	31.24	31.35	-0.11	31.35	31.35				0.60	0.60		0.60	0.60			31.95	31.95	75'000	75'000	32.27	32.59	32.92
DI		**15 Direktion des Innern**	**312.90**	**292.80**	**313.95**	**-21.15**	**314.52**	**320.75**	**-6.23**	**-0.50**		**4.20**	**4.20**		**4.20**	**4.20**			**324.45**	**324.45**	**561'000**	**561'000**	**327.69**	**330.97**	**334.30**
DBK	1700	1700 Direktionssekretariat	5.35	5.35	5.35		5.35	5.35				2.00	2.00		2.00	2.00			7.35	7.35	331'000	331'000	7.42	7.49	7.56
DBK	1730	1730 Amt für Mittelschulen und PH	2.65	2.70	3.00	-0.30	2.53	3.10	-0.57			0.50	0.50		0.50	0.50			3.60	3.60	62'500	62'500	3.64	3.68	3.72
DBK	1731	1731 Kantonsschule Zug	170.03	179.07	164.01	15.06	170.04	170.31	-0.27		1.65	1.00	2.65	1.15	1.00	2.15	-0.50	-0.50	172.96	172.46	365'500	320'500	174.18	175.92	177.68
DBK	1732	1732 Kantonsschule Menzingen	74.78	76.05	74.93	1.12	75.20	74.93	0.27										74.93	74.93			75.68	76.44	77.20
DBK	1733	1733 Fachmittelschule	31.06	31.21	31.09	0.12	31.13	31.49	-0.36										31.49	31.49			31.80	32.12	32.44
DBK	1734	1734 Kantonsschule Rotkreuz	31.01	16.01	32.80	-16.79	30.85	35.30	-4.45		2.00	1.50	3.50	2.00	1.50	3.50			38.80	38.80	492'500	492'500	39.19	39.58	39.98
DBK	1740	1740 Amt für gemeindliche Schulen	32.50	30.02	31.10	-1.08	31.65	31.80	-0.15	-0.70	1.40	0.80	2.20	1.40	0.80	2.20	-1.20		33.30	33.30	293'000	293'000	33.63	33.97	34.31
DBK	1777	1777 Amt für Berufsberatung	13.40	13.36	13.60	-0.24	14.33	14.80	-0.47										14.80	14.80			14.95	15.10	15.25
DBK	1790	1790 Amt für Kultur	6.25	6.31	6.35	-0.04	7.15	7.15											7.15	7.15			7.22	7.29	7.36
DBK		**17 Direktion für Bildung und Kultur**	**367.02**	**360.08**	**362.23**	**-2.15**	**368.24**	**374.23**	**-5.99**	**-0.70**	**5.05**	**5.80**	**10.85**	**4.55**	**5.80**	**10.35**	**-1.70**	**-0.50**	**384.38**	**383.88**	**1'544'500**	**1'499'500**	**387.71**	**391.59**	**395.50**
VD	2000	2000 Direktionssekretariat	6.25	6.25	6.25		6.25	6.25				0.50	0.50		0.50	0.50			6.75	6.75	85'000	85'000	6.82	6.89	6.96
VD	2011	2011 Amt für Berufsbildung	10.40	11.13	11.20	-0.07	11.20	11.40	-0.20		1.00		1.00		1.00	1.00	-1.00		12.40	12.40	170'000	170'000	12.52	12.65	12.78
VD	2012	2012 Amt für Brückenangebote	24.65	24.65	25.30	-0.65	24.48	26.30	-1.82										26.30	26.30			26.56	26.83	27.10
VD	2013	2013 GIBZ	139.25	136.46	133.95	2.51	140.98	134.25	6.73		10.00		10.00	7.00		7.00	-3.00	-3.00	144.25	141.25	1'250'000	875'000	142.66	144.09	145.53
VD	2015	2015 LBBZ	18.10	18.19	19.00	-0.81	17.85	20.35	-2.50										20.35	20.35			20.55	20.76	20.97
VD	2019	2019 KBZ	70.84	71.71	72.42	-0.71	73.81	71.02	2.79		1.45		1.45	1.45		1.45			72.47	72.47	246'500	246'500	73.19	73.92	74.66
VD	2030	2030 Amt für Wirtschaft und Arbeit	16.10	15.92	15.75	0.17	16.60	15.75	0.85										15.75	15.75			15.91	16.07	16.23
VD	2031	2031 Arbeitslosenkasse	25.40	23.87	24.30	-0.43	24.47	24.30	0.17		2.00		2.00				-2.00	-2.00	26.30	24.30	215'000		24.54	24.79	25.04
VD	2050	2050 Landwirtschaftsamt	5.75	5.75	5.75		5.75	5.75											5.75	5.75			5.81	5.87	5.93
VD	2072	2072 Handelsregister- und Konkursamt	50.20	45.34	51.90	-6.56	55.37	55.60	-0.23		2.00		2.00		2.00	2.00	-2.00		57.60	57.60	250'000	250'000	58.18	58.76	59.35
VD		**20 Volkswirtschaftsdirektion**	**366.94**	**359.27**	**365.82**	**-6.55**	**376.75**	**370.97**	**5.78**		**16.45**	**0.50**	**16.95**	**8.45**	**3.50**	**11.95**	**-8.00**	**-5.00**	**387.92**	**382.92**	**2'216'500**	**1'626'500**	**386.74**	**390.63**	**394.55**
BD	3000	3000 Direktionssekretariat	14.60	14.57	14.45	0.12	15.00	15.15	-0.15										15.15	15.15			15.30	15.45	15.60
BD	3020	3020 Tiefbauamt	64.45	64.55	68.75	-4.20	65.15	68.75	-3.60										68.75	68.75			69.44	70.13	70.83
BD	3050	3050 Amt für Umwelt	22.90	22.43	23.50	-1.08	23.03	24.30	-1.27										24.30	24.30			24.54	24.79	25.04
BD	3060	3060 Hochbauamt	52.25	52.28	52.35	-0.08	52.88	54.05	-1.17			1.65	1.65		1.65	1.65			55.70	55.70	249'000	249'000	56.26	56.82	57.39
BD	3081	3081 Amt für Raum und Verkehr	20.95	19.90	21.75	-1.85	20.75	21.95	-1.20			0.40	0.40					-0.40	22.35	21.95	68'000		22.17	22.39	22.61
BD		**30 Baudirektion**	**175.15**	**173.72**	**180.80**	**-7.08**	**176.82**	**184.20**	**-7.38**			**2.05**	**2.05**		**1.65**	**1.65**		**-0.40**	**186.25**	**185.85**	**317'000**	**249'000**	**187.71**	**189.58**	**191.47**
SD	3500	3500 Direktionssekretariat	11.35	10.30	11.55	-1.25	10.48	11.55	-1.07										11.55	11.55			11.67	11.79	11.91
SD	3501	3501 Kantonales Kompetenzzentrum Cybersicherheit									4.00		4.00	4.00		4.00			4.00	4.00	635'000	635'000	9.00	10.00	10.10
SD	3540	3540 Amt für Bevölkerungsschutz und Militär	20.60	20.75	21.60	-0.85	21.67	22.60	-0.93		2.00		2.00	1.00		1.00	-1.00	-1.00	24.60	23.60	295'000	125'000	23.84	24.08	24.32
SD	3581	3581 Strassenverkehrsamt	47.80	47.25	46.60	0.65	49.33	49.10	0.23			1.80	1.80		1.80	1.80			50.90	50.90	225'000	225'000	51.41	51.92	52.44
SD	3590	3590 Zuger Polizei	361.71	358.77	353.05	5.72	361.08	361.95	-0.87		7.95	7.80	15.75	6.45	2.90	9.35	-12.85	-6.40	377.70	371.30	1'968'750	1'168'750	381.30	390.30	399.30
SD	3592	3592 Amt für Migration	22.80	23.47	23.60	-0.13	23.60	23.60			0.60	0.50	1.10	0.60	0.50	1.10			24.70	24.70	116'500	116'500	24.95	25.20	25.45
SD	3596	3596 Amt für Justizvollzug	21.90	21.90	21.90		24.33	25.20	-0.87			2.00	2.00		2.00	2.00			27.20	27.20	295'000	295'000	31.20	31.51	31.83
SD		**35 Sicherheitsdirektion**	**486.16**	**482.43**	**478.30**	**4.13**	**490.50**	**494.00**	**-3.50**		**14.55**	**12.10**	**26.65**	**12.05**	**7.20**	**19.25**	**-13.85**	**-7.40**	**520.65**	**513.25**	**3'535'250**	**2'565'250**	**533.37**	**544.80**	**555.35**
GD	4000	4000 Direktionssekretariat	13.90	12.76	14.00	-1.24	13.70	14.30	-0.60										14.30	14.30			14.44	14.58	14.73
GD	4005	4005 Amt für Verbraucherschutz	21.55	21.10	23.55	-2.45	22.08	23.55	-1.47		1.00		1.00	1.00		1.00			24.55	24.55	125'000	125'000	24.80	25.05	25.30
GD	4021	4021 Rettungsdienst	46.40	45.69	45.20	0.49	45.83	44.70	1.13		0.80		0.80		0.80	0.80	-0.80		45.50	45.50	72'000	72'000	45.96	48.96	49.45
GD	4050	4050 Amt für Gesundheit	19.85	18.75	18.25	0.50	19.75	20.75	-1.00		3.30		3.30	3.30		3.30	-3.30		24.05	24.05	525'000	525'000	24.29	24.53	24.78
GD	4051	4051 Amt für Sport und Gesundheitsförderung	8.10	8.10	8.10		8.30	8.10	0.20	-0.80		0.50	0.50		0.50	0.50			7.80	7.80	62'500	62'500	7.88	7.96	8.04
GD		**40 Gesundheitsdirektion**	**109.80**	**106.40**	**109.10**	**-2.70**	**109.67**	**111.40**	**-1.73**	**-0.80**	**5.10**	**0.50**	**5.60**	**4.30**	**1.30**	**5.60**	**-4.10**		**116.20**	**116.20**	**784'500**	**784'500**	**117.37**	**121.08**	**122.30**
FD	5000	5000 Direktionssekretariat	9.85	8.33	8.20	0.13	9.35	9.35				0.50	0.50		0.50	0.50			9.85	9.85	85'000	85'000	9.95	10.05	10.15
FD	5001	5001 Finanzkontrolle	4.00	4.00	4.00		4.33	5.00	-0.67										5.00	5.00			5.05	5.10	5.15
FD	5010	5010 Personalamt	14.15	12.83	14.30	-1.47	14.40	15.30	-0.90										15.30	15.30			15.45	15.60	15.76
FD	5011	5011 Allgemeiner Personalaufwand	9.60	9.48	15.30	-5.82	9.98	15.30	-5.32										15.30	15.30			15.45	15.60	15.76
FD	5020	5020 Finanzverwaltung	7.40	7.95	8.20	-0.25	7.70	8.20	-0.50										8.20	8.20			8.28	8.36	8.44
FD	5050	5050 Amt für Informatik und Organisation	73.40	72.74	79.20	-6.46	74.80	79.20	-4.40		2.00	0.70	2.70	2.00	0.50	2.50		-0.20	81.90	81.70	382'500	357'500	82.52	83.35	84.18
FD	5060	5060 Steuerverwaltung	134.55	135.14	135.05	0.09	135.85	135.05	0.80		2.00	1.00	3.00	2.00	1.00	3.00			138.05	138.05	305'000	305'000	139.43	140.82	142.23
FD		**50 Finanzdirektion**	**252.95**	**250.48**	**264.25**	**-13.77**	**256.42**	**267.40**	**-10.98**		**4.00**	**2.20**	**6.20**	**4.00**	**2.00**	**6.00**		**-0.20**	**273.60**	**273.40**	**772'500**	**747'500**	**276.13**	**278.88**	**281.67**
		Total Stellen Zuständigkeit Regierungsrat	**2'120.14**	**2'074.22**	**2'124.65**	**-50.43**	**2'142.36**	**2'173.85**	**-31.49**	**-2.00**	**46.45**	**27.85**	**74.30**	**34.25**	**26.15**	**60.40**	**-28.25**	**-13.90**	**2'246.15**	**2'232.25**	**10'019'250**	**8'271'250**	**2'269.55**	**2'300.89**	**2'329.04**
		Ausserhalb Zuständigkeit des Regierungsrats – Richterliche Behörden																							
RB	6101	6101 Kantonsgericht	30.30	30.30	30.30		30.03	30.30	-0.27		1.00	2.20	3.20	1.00	2.20	3.20			33.50	33.50	478'000	478'000	33.84	34.18	34.52
RB	6106	6106 Strafgericht	10.90	10.55	10.90	-0.35	10.80	10.90	-0.10		1.00	0.60	1.60	1.00	0.60	1.60			12.50	12.50	264'000	264'000	12.63	12.76	12.89
RB	6111	6111 Obergericht	20.90	20.55	21.60	-1.05	20.77	21.60	-0.83			0.70	0.70		0.70	0.70			22.30	22.30	80'500	80'500	22.52	22.75	22.98
RB	6141	6141 Staatsanwaltschaft	44.20	44.48	45.80	-1.32	43.40	45.50	-2.10			1.00	1.00		1.00	1.00			46.50	46.50	115'000	115'000	46.97	47.44	47.91
RB	6181	6181 Verwaltungsgericht	11.60	12.22	11.70	0.52	11.97	12.00	-0.03										12.00	12.00			12.12	12.24	12.36
RB	6183	6183 Verwaltungsgericht – Schätzungskommission	1.20	1.32	1.20	0.12	0.93	2.20	-1.27										2.20	2.20			2.22	2.24	2.26
RB		**61 Richterliche Behörden**	**119.10**	**119.42**	**121.50**	**-2.08**	**117.90**	**122.50**	**-4.60**		**2.00**	**4.50**	**6.50**	**2.00**	**4.50**	**6.50**			**129.00**	**129.00**	**937'500**	**937'500**	**130.30**	**131.61**	**132.92**
		Total Kanton Zug gesamt	**2'239.24**	**2'193.64**	**2'246.15**	**-52.51**	**2'260.26**	**2'296.35**	**-36.09**	**-2.00**	**48.45**	**32.35**	**80.80**	**36.25**	**30.65**	**66.90**	**-28.25**	**-13.90**	**2'375.15**	**2'361.25**	**10'956'750**	**9'208'750**	**2'399.85**	**2'432.50**	**2'461.96**

Finanzstatus Übersicht **Zeitraum: 24. September 2025 bis 15. September 2026**

1. Erfolgsrechnung (in 1'000 Franken)

		+ Mehraufwand / - Minderaufwand	
Jahr	**Aufwand** gemäss Budget und Finanzplan	**Differenz Aufwand**	**Aufwand aktualisiert**
2026	2'340'200	8'006	**2'348'206**
2027	2'452'128	14'739	**2'466'867**
2028	2'455'238	22'052	**2'477'290**
2029	2'537'249	3'390	**2'540'639**

		+ Mehrertrag / - Minderertrag	
Jahr	**Ertrag** gemäss Budget und Finanzplan	**Differenz Ertrag**	**Ertrag aktualisiert**
2026	2'712'764	109	**2'712'873**
2027	2'772'058	64	**2'772'122**
2028	2'945'198	110	**2'945'308**
2029	3'056'273	111	**3'056'384**

		+ Ergebnisverbesserung / - Ergebnisverschlechterung	
Jahr	**Ergebnis** gemäss Budget und Finanzplan	**Differenz Total**	**Ergebnis aktualisiert**
2026	372'564	-7'897	**364'667**
2027	319'930	-14'675	**305'255**
2028	489'960	-21'942	**468'018**
2029	519'024	-3'279	**515'745**

2. Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)

		+ Mehrausgaben / - Minderausgaben	
Jahr	**Nettoinvestitionen** gemäss Budget und Finanzplan	**Differenz Nettoinvestitionen**	**Nettoinvestitionen aktualisiert**
2026	223'394	37'785	**261'179**
2027	209'968	22'230	**232'198**
2028	250'478	19'264	**269'742**
2029	288'044	10'427	**298'471**

3. Finanzrechnung (in 1'000 Franken)

Jahr	**Ergebnis ER** (A)	**Selbst-finanzierung** (B)	**Netto-investitionen** (C)	**Finanzierungs-fehlbetrag** (B-C)	**Selbst-finanzierungs-grad** (B/C)
2026	372'564	462'200	223'394	238'806	206.9%
aktualisiert	**364'667**	**454'303**	**261'179**	**193'124**	**173.9%**
2027	319'930	412'300	209'968	202'332	196.4%
aktualisiert	**305'255**	**397'625**	**232'198**	**165'427**	**171.2%**
2028	489'960	573'300	250'478	322'822	228.9%
aktualisiert	**468'018**	**551'358**	**269'742**	**281'616**	**204.4%**
2029	519'024	608'200	288'044	320'156	211.1%
aktualisiert	**515'745**	**604'921**	**298'471**	**306'450**	**202.7%**

Beilage 3

Liste der Aufforderungen

Der Regierungsrat wird aufgefordert,

a) vorgängig zur geplanten Revision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB) den Entscheid über die Fragestellung der Trennung von Präsidium und Amtsleitung beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz über eine Teilrevision beim Kantonsrat abzuholen;
b) bei neuen oder wesentlich erweiterten staatlichen Aufgaben und Angeboten, die zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel erfordern, die Leistungsaufträge konsequent zu überprüfen und anzupassen. Wo die Leistung steuer- und messbar ist, sind geeignete Leistungs- oder Wirkungsziele festzulegen. Dadurch soll die Verbindung zwischen eingesetzten Mitteln, erbrachten Leistungen und erzielter Wirkung nachvollziehbar ausgewiesen werden;
c) das Personal-Controlling über die gesamte Verwaltung so aufzubauen und eng durchzuführen, damit die bewilligten Stellen eingehalten werden. Verantwortlich für die Einhaltung der bewilligten Stellen sind die Direktionen;
d) auch bei den Stellenanträgen für Lehrpersonen nachvollziehbare Begründungen und die Bereiche, in welchem die Lehrpersonen eingesetzt werden, anzugeben;
e) ab dem Budget 2028 im Finanzplan auszuweisen, wo die Fachplanung der Ämter von den eingestellten Beträgen abweicht oder bekannte Kosten noch nicht enthalten sind, und zwar je Position mit Betrag, Grund und Zeitpunkt der Anpassung. Dies betrifft namentlich die Spezialfinanzierung Strassenbau (Saldo Ende 2030 gemäss Tiefbauamt minus CHF 46,9 Mio. statt minus CHF 3,8 Mio.) und das Projekt Bostadel (Finanzplan auf dem Stand vor der Kostenüberprüfung);
f) der Entwicklung der IT-Kosten beim Amt für Informatik und Organisation (AIO) und in den Ämtern eine Schwerpunktdiskussion zu widmen und die Ergebnisse der Stawiko zukommen zu lassen.

Zudem hält die Stawiko an den folgenden Aufforderungen gemäss Stawiko-Pendenzenliste vom 3. Juni 2026 fest:

g) zu PFAS: «Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine schriftliche Lagebeurteilung zu PFAS, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Bundes und der Massnahmen anderer Kantone, zu erstellen.» Ergänzend ist es der Stawiko wichtig, dass die PFAS-Problematik ganzheitlich über alle betroffenen Bereiche betrachtet wird.
h) zur Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel: «Der Regierungsrat wird aufgefordert, den zuständigen Kommissionen und dem Kantonsrat zeitnah darzulegen, in welcher Grössenordnung ein Zusatzkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu erwarten ist.»

Die Direktion des Innern wird aufgefordert,

a) zukünftig die Anzahl «Einbürgerungen» unter den Einfluss- und Plangrössen in Anzahl «Gesuche» und Anzahl «Einbürgerungen» zu unterteilen, damit ersichtlich ist, ob es sich um gestellte Gesuche oder abgeschlossene Einbürgerungsverfahren handelt.
b) künftig durchgängig die gleichen Zahlen im gesamten Budgetprozess – insbesondere bei den Mandaten im Kindes- und Erwachsenenschutzbereichs – zu verwenden.

Das Obergericht und das Verwaltungsgericht werden aufgefordert,

a) ein Kennzahlensystem zur Erfassung der eingegangen und bearbeiten Fälle, welches auch die unterschiedliche Komplexität der Fälle berücksichtigt, einzuführen.

Beilage 4

Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget

Die untenstehende Matrix zeigt die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten bei der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget auf:

	Globalbudget beschlossen	**Globalbudget gekürzt oder erhöht**	**Globalbudget nicht beschlossen**
Leistungsauftrag genehmigt	**1** Globalbudget und Leistungsauftrag sind verabschiedet	**2** RR kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten	**3** RR legt neues Globalbudget vor und kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten
Leistungsauftrag nicht genehmigt	**4** ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	**5** ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	**6** RR legt revidierten Leistungsauftrag samt neuem Globalbudget vor

Bei einer allfälligen Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget kommt die Regelung von § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) zum Tragen:

zu Fall 2: Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, so kann der Regierungsrat, sofern er dies als notwendig erachtet, aufgrund des beschlossenen Globalbudgets dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten.

zu Fall 3: Dies gilt analog auch dann, wenn der Kantonsrat zwar den Leistungsauftrag genehmigt, dem Globalbudget aber die Genehmigung verweigert.

zu Fall 6: Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages, so legt der Regierungsrat dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.